



Freie und Hansestadt Hamburg

Bezirksversammlung Altona

A/BVG/123.30-01

Drucksache 20-5473.1

Datum 31.01.2019

Beschluss

auf Empfehlung des Verkehrsausschusses

Machbarkeitsstudie Radschnellwege - Einbeziehung der Ergänzungsvariante Osdorf - Fernbahnhof Diebsteich

Hamburg lässt insgesamt acht Korridore auf ihre Machbarkeit für die Errichtung von Radschnellwegen untersuchen - diese Mitteilung hat den Verkehrsausschuss am 07.01.2019 erreicht (Drs. 20-5452). In Altona ist ein Gebiet zwischen Elmshorn und Altona-Nord zur Untersuchung vorgesehen. Dieses Vorgehen ist ein wichtiger Schritt für den weiteren Ausbau der Radverkehrsinfrastruktur in Altona und wird ausdrücklich begrüßt.

Nicht berücksichtigt wurde dabei jedoch der Vorschlag zahlreicher Altonaer Bürgerinitiativen, wie der Bürgerinitiative Volkspark e.V., der Heimstättervereinigung Steenkamp e.V., der Borner Runde, der Initiative "Ohne Dach ist Krach" sowie dem ADFC Landesverband Hamburg e.V. und dem Bündnis Verkehrswende Hamburg, mit einer Untersuchung festzustellen, ob auch zwischen Osdorf und dem Fernbahnhof Diebsteich ein solcher Radschnellweg umsetzbar wäre.

Diesem Vorschlag hat sich die Bezirksversammlung Altona am 22.02.2018 mit der Drucksache 20-4506.1 angeschlossen.

Bislang ist für die Verbindung Innenstadt - Fernbahnhof Diebsteich - Schenefeld lediglich eine neue Veloroute vorgesehen. Mit einer Einbeziehung dieser Route in die Machbarkeitsstudie für Radschnellwege kann festgestellt werden, ob nicht auch hier eine besonders komfortable Radverkehrsführung eingerichtet werden kann.

Die Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation (BWVI) wird gemäß § 27 BezVG aufgefordert:

- 1. Die geplante Machbarkeitsstudie für Radschnellwege in der Metropolregion Hamburg um die Untersuchung einer Trasse im Bezirk Altona zwischen Osdorf und Fernbahnhof Diebsteich zu ergänzen. Die Bezirksversammlung bekräftigt hiermit ihren Beschluss vom 22.02.2018 (Drs. 20-4506.1) und fordert erneut zur Umsetzung auf.**
- 2. Die Ergebnisse der so erweiterten Machbarkeitsstudie sind den Bürger*innen im Rahmen der geplanten Bürgerbeteiligung vorzustellen. Dem Verkehrsausschuss ist über den weiteren Verlauf zu berichten.**